

Veränderungen

Der EU-Reformvertrag oder „Vertrag von Lissabon“ baut auf dem 2005 durch Referenden in Frankreich und den Niederlanden abgelehnten Vertrag über eine Verfassung für Europa auf.

Weiterentwickelt wurden die Europäischen Verträge mehrfach: In den 80er Jahren gab es die Einheitliche Europäische Akte. In den 90er Jahren folgten die Verträge von Maastricht und Amsterdam und im Jahr 2000 der Vertrag von Nizza, der noch Gültigkeit hat.

Unterzeichnet wurde der Vertragstext am 13. Dezember 2007 in Lis-



sa-bon. Bis Ende 2008 sollte der Reformvertrag durch alle Mitgliedsstaaten ratifiziert sein.

Reformen: Ein Ratspräsident übernimmt den Vorsitz im Rat der Staats- und Regierungschefs. Ein „Hoher Vertreter für die Außen- und Sicherheitspolitik“ wird bestellt. Die Zahl der Kommissare wird ab 2014 auf zwei Drittel der Zahl der Mitgliedsstaaten verringert. Das Mitspracherecht der nationalen Parlamente im europäischen Gesetzgebungsverfahren wird verbessert. Damit wird das Subsidiaritätsprinzip gestärkt.

Das Europaparlament hat zukünftig 750 anstelle von bisher 785 Abgeordnete. Die Zahl der deutschen Abgeordneten reduziert sich von 99 auf 96.

Durch einen Verweis auf die Grundrechte-Charte im Reformvertrag werden den EU-Bürgern einklagbare Arbeits- und Sozialrechte garantiert.

Europa will Iren zweite Chance geben

EU-Vertrag Außenminister drängen auf weiteres Referendum – Kanzlerin hält am Kurs fest

Ein Ausweg aus der Krise kann nur gemeinsam gefunden werden. Von einem „Europa der zwei Geschwindigkeiten“ war keine Rede mehr.

Von Dieter Ebeling und unseren Agenturen

LUXEMBURG – In der schweren EU-Krise um den „Lissabon-Vertrag“ lichtet sich der Nebel – doch von einem klaren Blick in die Zukunft kann noch keine Rede sein. Nach dem Nein der Iren zum EU-Reformvertrag und manchem bitteren Wort vom Wochenende legten die Außenminister der Union am Montag in Luxemburg erlesene Freundlichkeit gegenüber Irland an den Tag. In schönem Einklang betonten sie, das Votum des irischen Volkes müsse respektiert, ein Ausweg aus der Krise könne nur gemeinsam gefunden werden.

Unmittelbar vor dem Krisengipfel, zu dem sich am Donnerstag die Staats- und Regierungschefs der EU in Brüssel versammeln, ist die Drohung mit Vergeltungs- oder Strafmaßnahmen gegen die Iren vom Tisch. Im Kreis der Außenminister erhob sich nach Angaben von Diplomaten keine Stimme, die ein „Kerneuropa“ forderte, eine „Umgründung“ der EU verlangte oder das „Europa der zwei Geschwindigkeiten“ als Normalfall will.

Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) rückte von Äußerungen ab, „dass Irland einen Weg für sich findet, für eine Zeit lang aus der europäischen Integration, aus der Förderung des europäischen Integrationsprozesses auszusteigen, den Weg frei zu machen für das Inkrafttreten des Reformvertrags unter 26“. Diese Beschreibung einer theoretischen Option habe sich mit der Erklärung der Regierung in Dublin erledigt, im Integrationsprozess der EU bleiben zu wollen, ließ Außenamtssprecher Martin Jäger wissen. Und auch Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) machte klar, sie wolle am Reformvertrag festhalten: „Wir brauchen diesen Lissabonner Vertrag um arbeitsfähig zu sein



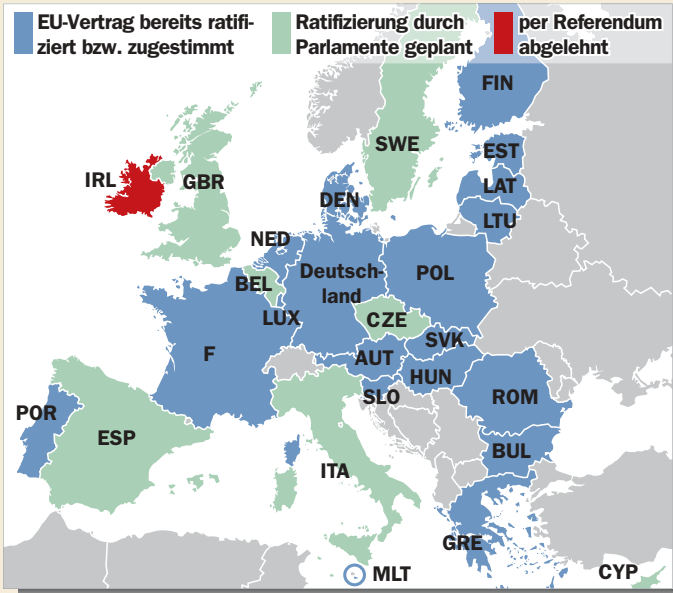
Jubel: Die irischen Gegner des EU-Reformvertrages feierten das Abstimmungsergebnis.

Bild: DPA

Tschechien nächster Wackelkandidat im Ratifizierungsprozess

Der EU-Reformvertrag kann nur in Kraft treten, wenn er von allen 27 Mitgliedstaaten ratifiziert wird. Die Parlamente in acht EU-Mitgliedsländern müssen den „Vertrag von Lissabon“ noch billigen.

Wackelkandidat ist im Moment noch Tschechien: Dort hat die erste Parlamentskammer dem EU-Vertrag zugestimmt. Das Votum in der zweiten Kammer wurde im April verschoben, da das Verfassungsgericht erst die Vereinbarkeit mit dem nationalen Recht klären soll. Nach dem Ablehnen des



Vertrages durch die Iren haben sich Präsident Václav Klaus und Senatspräsident Premysl Sobotka EU-kritisch geäußert.

In Großbritannien steht die Labour-Regierung unter Druck, ein Referendum abzuhalten. Premier Gordon Brown lehnt die Volksabstimmung jedoch ab.

Zustimmen müssen außerdem noch Italien, Spanien, Belgien, Schweden und Niederlande. Die jeweiligen Regierungen wollen trotz des irischen Neins an der Ratifizierung festhalten.

peilten aber eine neue Abstimmung noch in diesem Jahr an, hieß es. Dann könnte der Lissabon-Vertrag noch planmäßig in Kraft treten.

Umfrage des Tages

„Sollte Irland aus der EU ausgeschlossen werden?“
@ Ihre Meinung interessiert uns. Stimmen Sie ab unter: www.NWZonline.de/umfrage

Blitzaustritt als Hintertürchen

EU-Vertrag Parlamentarier Mayer zeigt Lösungsweg auf

Von Olaf Reichert

STRASBURG – Die Iren sollten erneut abstimmen – darüber, ob sie EU-Bürger bleiben wollen. Das sagt Hans-Peter Mayer, CDU-Abgeordneter im Europaparlament aus Vechta.

FRAGE: Herr Mayer, wie geht es nach dem Nein der Iren zum „Vertrag von Lissabon“ weiter?

MAYER: Zunächst muss die irische Regierung die Chance bekommen, darzulegen, wie es zu dem Nein kommen konnte. Dann stellt sich die Frage: Was bieten die Iren an? Sie können wie beim Vertrag von Nizza sich dazu entschließen, noch einmal abzustimmen. Nicht über die selbe Frage, aber darüber, ob Irland Mitglied der EU auf dem Stand des Lissabonner Vertrags sein oder austreten will.

Das ist die Kernfrage. **FRAGE:** Das soll zur Lösung führen?

MAYER: Ja. Für den Fall, dass alle anderen EU-Mitglieder dem Vertrag zustimmen, könnte Irland für eine juristische Sekunde aus der Union ausscheiden. Dann würde der Vertrag in Kraft treten. Danach könnten die Iren wieder Mitglied werden, entweder mit allen Rechten und Pflichten oder unter Ausklammerung bestimmter Bereiche des Vertrags. Diese Situation kennen wir schon etwa mit Großbritannien oder Dänemark.

FRAGE: Irland hat enorm von der EU profitiert, trotzdem kam es zur Ablehnung.

MAYER: Es gab in Irland viele Privatakteure, die mit Millionenumsätzen gegen Europa agitiert haben. Das waren gerade diejenigen, die von Eu-



Kritisiert irische Regierung: Hans-Peter Mayer

Bild: Floren

ropa profitierten und ihren Profit nicht schmälern wollten. Die irische Regierung hätte dagegen massiv intervenieren müssen, insbesondere gegen Falschbehauptungen. Es wurde viel zu wenig zur Information der Bevölkerung getan. Man sollte die Bürger erst dann abstimmen lassen, wenn sie umfassend informiert sind. Daran fehlte es in Irland massiv.

Unsicherheit über Zukunft

EU-Vertrag Deutscher Politologe analysiert Irlands Nein

LIMERICK / OLDENBURG / AS – Das irische Nein zum EU-Vertrag war absehbar. „Die allgemeine Unsicherheit über dessen Auswirkungen gab den Ausschlag“, analysiert Heiko Walkenhorst, der seit 2006 Politik-Dozent an der Universität von Limerick ist und von Oldenburg aus über Essex auf die grüne Insel wechselte. Allgemein herrsche durchaus Europafreundlichkeit in Irland, betont der Europa-Experte im Gespräch mit dieser Zeitung: „Überall an den Straßen stehen große Schilder, die auf EU-finanzierte Infrastrukturprojekte hinweisen“ – auch wenn es vor allem amerikanische Firmen gewesen seien, die zum Jobwunder auf der Insel beigetragen hätten.

Dennoch: „Die EU-Gegner hatten es einfacher, ihre Anhänger zu mobilisieren. Sie verfolgten eine einfache Stra-

tegie, nämlich die des Angstschürens“, sagt der Politikwissenschaftler. Die meisten Argumente der Vertragsgegner seien „populistisch, im schlimmsten Falle falsch“. Walkenhorst: „Da ist das klassische Argument des Verlusts nationaler Unabhängigkeit, welches nach Jahrhunderten britischer Unterdrückung in Irland immer noch wiegt. Die Gegner führten ebenfalls angebliche Steuererhöhungen, zunehmende Arbeitsimmigration und negative Auswirkungen für die Landwirtschaft als Argumente ins Feld, um das Referendum zu gewinnen.“

Zur politischen Niederlage für die Regierung habe auch „das komplizierte und intransparente EU-Vertragswerk“ beigetragen, „das kaum noch öffentlich vermittelbar ist, geschweige denn dessen notwendige Reformen“.

Jetzt herrsche große Unsicherheit in Irland, wie es politisch mit der Insel weitergehe. Zwar seien „Drohungen, Irland könnte auf Zeit ausgeschlossen werden aus der Gemeinschaft, haltlos, weil es dafür keine Vertragsgrundlage“ gebe. Walkenhorst: „Die Angst in Irland ist jedoch groß, dass der Einfluss in der EU durch die Osterweiterung nachhaltig geschwächt ist. Die Irische Außenpolitik muss daher stärker auf Allianzen mit anderen, kleinen EU-Mitgliedern setzen.“ Diese Strategie falle den Iren „nicht einfach“, weil diese „nicht über Erfahrungen kontinentaleuropäischer Bündnispolitik“ verfügten.

Doch spätestens mit zurückgehenden US-Investitionen werde die EU als „wichtigster Stabilitätsanker“ erkannt.